die Anwendung des Schiedsgerichts auf das Transfer-Komitee und die Bewilligung erhöhter Sachleistungen, besonders der Kohlelieferungen für Frankreich. Denn wenn das Transfer nicht einem Schiedsgericht unterstellt werde, kann Frankreich seine Währung nicht festigen, während das deutsche Geld dauernd auf Goldparität erhalten bleibt (?). Um das französische Budget auszugleichen, ist es auch noch nötig, daß die Zahlungen gegebenenfalls durch ein Schiedsgericht festgestellt werden, wenn das Transfer-Komitee nicht genügend Beträge an Frankreich und Belgien abgeben will. Die erhöhten Sachleistungen und deren Feststellung nach Wahl und nach Menge sind eine Forderung, die gestellt wird, um die französische Industrie zu schützen. Wenn die Deutschen in diesen Punkten zu einer Verständigung bereit sind, so wird sich auch die gefährliche Räumungsfrage, die weder Frankreich noch Belgien als ein Hindernis betrachten, entsprechend regeln lassen. Dagegen ist es sehr wahrscheinlich, daß es Herriot auf einen Bruch der Konferenz wird ankommen lassen, wenn die Deutschen in den genannten beiden Punkten einen grundsätzlich ablehnenden Standpunkt einnehmen. Selbstverständlich bleibt Herriot auch noch der Ausweg, zu erklären, daß er im Falle einer deutschen Ablehnung der genannten Punkte das französische Sanktionsrecht aufrechterhalten würde."

So weit gehen die mir aus Herriots unmittelbarer Umgebung zugegangenen Informationen. Es ergibt sich daraus, wo der Schwerpunkt der Konferenz liegt. Die Schwierigkeiten sind nicht unüberwindbar, aber sehr bedeutend. Es wird sich darum handeln, für die in den alliierten Plänen gemachten Vorschläge, speziell für den Transfer-Vorschlag, die Zustimmung der Bankiers einzuholen, denn ohne weiteres werden die Geldgeber nicht ja dazu sagen, daß die Machtvollkommenheit des Transfer-Komitees angetastet, also ein Hauptpunkt des Dawes-Plans, beseitigt wird. Die Sachleistungsfrage ist aber für die deutsche Industrie deshalb so heikel, weil es wichtig ist, den Export nach den früher neutralen Ländern zu sichern. Demgemäß werden die wichtigsten Verhandlungen in den nächsten Tagen im 2. und 3. Komitee geführt werden, nämlich den Komitees, die das Transfer-System und die Sachleistungen behandeln.

•

Italienische Stimmen zur Londoner Konferenz

Von unserm ☞-Mitarbeiter

Rom, 3. August

Man kann im allgemeinen nicht behaupten, daß das Interesse der italienischen Oeffentlichkeit an den Vorgängen auf der Londoner Konferenz besonders lebhaft ist. Italien befindet sich in der bequemen Stellung des Abwartens und — des Kritisierens. Die italienische Delegation in der englischen Hauptstadt sieht ihre Aufgabe vor allem im Vermitteln der Gegensätze, von denen jeder Tag bekanntlich einen neuen bringt. Im Palazzo Chigi herrscht eine ruhig-abwartende Haltung. Die italienische Oeffentlichkeit aber, besonders die Presse, beschäftigt sich fast ausschließlich mit einer kühlen Kritik der Ereignisse.

Unter dem Titel „Die zwei Grundfehler" veröffentlicht die Mailänder Zeitung „Popolo d'Italia", bekanntlich das persönliche Organ Mussolinis, einen Aufsatz, der in dieser Beziehung besonders interessant ist. Das Blatt schreibt, daß es zwar leicht sei, „wenn man den langsamen und schwierigen Verlauf der Londoner Konferenz betrachte, gewisse ironische Bemerkungen über die „Wunder" zu machen, welche man sich von einer sozialdemokratischen Außenpolitik versprochen habe", aber daß es doch wichtiger sei, „einige praktische Lehren" aus den bisherigen Ergebnissen der interalliierten Zusammenkunft zu ziehen. Es fährt dann fort: „Welches nämlich auch immer das Ergebnis der Konferenz sei, zwei Grundfehler haben sich deutlich gezeigt: einmal, daß man versucht hat, die bestehenden politischen Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen, indem man sie nur von der finanztechnischen und wirtschaftlichen Seite betrachtete; dann, daß man die zur Diskussion stehenden Fragen so eng beschränkt hat." Die gesamten in London zur Diskussion stehenden Fragen hätten vor allem ein politisches Gesicht, und obwohl es an sich notwendig sei, genüge es nicht, Zahlen aufzuschreiben und zu addieren, um die Reparationsfrage zu lösen. Das sei der eine entscheidende Grundfehler. Aber nicht weniger groß sei der andre: die Beschränkung der Diskussion auf das Dawes-Gutachten. Auch andre Fragen hingen mit der Reparationsfrage unlösbar zusammen, so die Frage der interalliierten Kriegsschulden.

„Von den Kriegsschulden oder von der Sicherheit zu sprechen ist gleichbedeutend damit, den Ohren des Foreign Office lästig zu fallen." „Popolo d'Italia" bedauert, daß die Konferenz durch Englands Schuld nur eine „kleine Konferenz" geworden sei. Das Blatt sieht in dieser Beschränkung der Konferenz die Ursache, warum „die untergeordnetste Meinungsverschiedenheit genügt, um die Konferenz versanden zu lassen". Es handle sich um große Aufgaben. „Es ist nötig, unverzüglich die Ziffern des Londoner Ultimatums von 1921 zu modifizieren; es ist nötig, die Lüge von den 132 Milliarden aus der Welt zu schaffen, die wie ein Alb auf Deutschland lastet, während sie die Gläubiger nicht mehr im geringsten täuscht. Eine neue Gesamtziffer für die Reparationen festsetzen ist aber gleichbedeutend damit, daß in diese die Ziffern der interalliierten Kriegsschulden mit eingeschlossen werden." So klar und deutlich hat selbst Mussolini den offiziellen italienischen Standpunkt noch nicht ausgesprochen, wie es hier in seiner Zeitung heute geschieht.

Im Vergleich mit diesem nüchternen Aufsatz ist ein Artikel interessant, den das römische fascistenfreundliche Blatt „Il Nuovo Paese" veröffentlicht: eine unverkennbare Schadenfreude über jeden französischen Mißerfolg in London zeigt sich oft und oft in den Leitartikeln dieser Zeitung. So kommentiert „Nuovo Paese" die jüngste englisch-französische Verständigung in London: „Die französische Niederlage ist durch diese Verständigungsformel unbestreitbar festgelegt. Das Reparationsproblem, bisher eine französische Domäne, wird dadurch wieder zur Domäne aller Verbündeten ... Die Konsequenzen dieser Formel sind ungeheure; und trotz geringerer Zugeständnisse, die England den Franzosen vielleicht machen will, wie z. B. das einer kurzen Verlängerung seiner Besetzung von Köln, hat Frankreich dennoch gewiß in diesen Tagen ein äußerst schwerer Schlag getroffen."

„Nuovo Paese" beschäftigt sich übrigens auch mit den innerdeutschen Zuständen mit Bezug auf die Konferenz, wobei es zu besonders scharfen Urteilen über die Politik Bayerns kommt. So vergleicht es das Verhalten der bayrischen Regierung zum Verfassungstag mit dem Verhalten der Besatzungstruppen im Rheinland. „Die französisch-belgischen Besatzungsbehörden werden dieses Jahr die Beflaggung mit republikanischen Fahnen und die Abhaltung von Verfassungsfeiern, wenn auch nur in geschlossenen Räumen, gestatten, woraus man sieht, daß die bayrische Regierung weit weniger freiheitlich denkt als die ausländischen Besatzungstruppen."

Schließlich sei noch auf einen durch unglaubliche Entstellung ausgezeichneten Artikel hingewiesen, den im Mailänder „Secolo" ein Ingenieur mit dem deutschen Namen Falk unter dem Titel „Italiens Interesse Deutschland gegenüber" veröffentlicht. Dieser Artikel ist nichts andres als ein Echo des bekannten, erst jüngst erfolgten Vorstoßes englischer Großindustrieller gegen eine mögliche Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft. Nachdem Falk „bewiesen" hat, daß eigentlich in Europa niemand ökonomisch so gut dastehe wie Deutschland, schließt er seine mit vielen Zahlen und Statistiken „belegten" Feststellungen mit den Worten: „Italien hat die Aufgabe, zu wachen, daß, welches auch die Lösung der Reparationsfrage sei, unsre legitimen Interessen in bezug auf die Reparationen als auch auf die Lieferungen in natura nicht verletzt werden; eine Wachsamkeit, welche um so schärfer sein muß, als der Termin (1. Januar 1925) vor der Tür steht, an dem Deutschland nach dem Versailler Vertrag seine wirtschaftliche Selbständigkeit wiedergewinnen soll. An diesem Termin müssen wir fertig und kriegsgerüstet (!) sein, um über einen neuen Handelsvertrag zu verhandeln." Zum Glück kann man sagen, wird besonders letztere Bemerkung des Herrn Falk in der italienischen Oeffentlichkeit wenig Widerhall finden, da die italienische Kaufmannschaft bei aller berechtigten Wahrung ihrer Interessen ein starkes Bedürfnis nach einem neuen deutsch-italienischen Handelsvertrage auf breiterer und zuverlässigerer Grundlage empfindet.

Die Mörder der Frau Evans hingerichtet

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

☇ Mexiko-City, 6. August. (Durch United Preß.) Regierungstruppen nahmen vier angebliche Mörder der Frau Evans und ihres deutschen Inspektors Strauß gefangen. Die Gefangenen wurden sofort von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilt und auf der Stelle erschossen.

•

Macdonald über den englisch-mexikanischen Zwischenfall

⊙ **London**, 6. August. (Eig. Drahtbericht.) Im Unterhause erklärte gestern Ministerpräsident Macdonald auf eine Anfrage über die Ermordung der englischen Staatsangehörigen Mrs. Evans in Mexiko, der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten in Mexiko habe diese Untat zur Kenntnis der mexikanischen Regierung gebracht mit der Forderung auf sofortige Einleitung einer Untersuchung und Bestrafung der Täter. Die mexikanische Regierung habe daraufhin sofort die energischsten Maßnahmen zur Erfüllung dieser Forderung eingeleitet. Der amerikanische Geschäftsträger habe außerdem der mexikanischen Regierung nahegelegt, die Farm der Frau Evans mit militärischem Schutz zu versehen, um ihre Besitzung und das lebende und tote Inventar gegen weitere Eingriffe mexikanischer Rebellen und Banditen zu sichern. Die mexikanische Regierung habe auch diesem Wunsche entsprochen und habe außerdem bereits Verhaftungen vorgenommen. Er, Macdonald, habe den englischen Botschafter in Washington unterrichtet, daß die mexikanische Regierung die gesamte Verantwortung für diesen tragischen Zwischenfall zu tragen haben werde. Zweifellos würden auch Schadenersatzansprüche gestellt werden.

Beamtensorgen

Von Ministerialrat Seel

Von den zwei wichtigsten Fragen, die die Beamtenschaft in den letzten Jahren aufs tiefste erregt haben, von den Fragen der Besoldung und des Personalabbaues, schien die erste nach langem Ringen einer gewissen Lösung entgegengeführt zu werden. Die am 1. Juni in Kraft getretene Neuregelung der Beamtengehälter brachte eine wesentliche Erhöhung der bis dahin völlig unzureichenden „Goldgehälter", die im Dezember v. J. einen Sturm der Entrüstung nicht nur bei den Beamten, sondern in der ganzen Oeffentlichkeit hervorgerufen hatten. Leider sollte auch die Regelung vom 1. Juni nicht ohne Wermutstropfen bleiben. Wohl betrugen die Gehälter einschließlich Wohnungsgeld und Sozialzulagen in der Ortsklasse A, im Durchschnitt zwischen Anfangs- und Endgehalt berechnet, für Juni nominell für die Gruppe III: 105,4 v. H., für die Gruppe VIII: 106,6 v. H., für die Gruppe XI: 90 v. H., und für die Gruppe XIII: 80,4 v. H. des Friedensdiensteinkommens. Berücksichtigt man aber das Realeinkommen, d. h. den Kaufwert der Bezüge, wie sie sich nach einer Reichsindexziffer vom 4. Juni auf 118 v. H. stellen, so ergeben sich für die Gruppe III nur mehr 93,3 v. H., für die Gruppe VIII 89 v. H., für die Gruppe XI 79,7 und für die Gruppe XIII 71,2 v. H.

Daraus erhellt ohne weiteres, daß die Gehälter immer noch unter dem Friedensstande liegen, und das, obwohl doch die Preise für den notwendigen Lebensbedarf noch erheblich über dem Friedensstande stehen (heute beträgt der Reichsindex bereits 119 v. H.). Es liegt auf der Hand, daß unter diesen Umständen auch die Junisätze namentlich der unteren Beamtengruppen kaum das Existenzminimum deckten.

In Verfolg des Beschlusses des Reichstages vom 26. Juni 1924 wurden dann wenigstens die Grundgehälter der Gruppen I—VI erhöht, die vom Hauptausschuß ebenfalls geforderte Erhöhung der Sozialzulagen für alle Gruppen unterblieb aber wegen Mangels an Mitteln. Auch diese neueste Besoldung ist daher unbefriedigend geblieben, und es muß nach wie vor die Forderung erhoben werden, daß die vollen Friedensgehälter wiederhergestellt werden, und zwar nicht nur nominell, sondern unter Berücksichtigung der gesunkenen Kaufkraft des Geldes, also mit einem entsprechenden Zuschlag.

Auch dann werden die Beamten noch lange nicht so dastehen wie im Frieden, denn sie haben ihre Vorräte an Kleidung, Wäsche usw., kurz alle Reserven ebenso aufgebraucht wie andre Volksschichten, und ihre Gehaltsbezüge haben es ihnen nie erlaubt, wie dies wenigstens manchen Kreisen erlaubt war, sich irgend einmal zu erholen und an eine Ergänzung des Verbrauchten und Verlorenen zu denken. Dazu haben auch sie, und das gilt namentlich von den höheren Beamten und ihren Frauen, im Krieg und in der Nachkriegszeit ihr sonstiges Vermögen zugesetzt oder durch die Inflation verloren wie der gesamte Mittelstand.

Schwerer noch als die materiellen Sorgen drückt auf die Beamten aber eine andre Last, der Personalabbau. Seit dreiviertel Jahren wird diese Geißel erbarmungslos über der Beamtenschaft geschwungen und sie wird damit für Fehler gezüchtigt, die nicht sie auf dem Gewissen hat! Denn die Beamteninflation ist nicht ihre Schuld, sie ist eine Frucht der Kriegs- und Revolutionswirtschaft. Hätte nicht namentlich das Reich Aufgaben über Aufgaben an sich gerissen, Behörden über Behörden geschaffen und die vorhandenen aufgebläht, so brauchte es nicht diese Menge von Beamten.

Hätte man sich mit dem alten bewährten Beamtenkörper von 1914 begnügt, so wäre gewiß nicht weniger geleistet worden. So mußte man aber zu derart drakonischen Mitteln greifen, wie sie die Personalabbau-Verordnung vom 27. Oktober 1923 der Regierung in die Hand gab. Und sähe man doch wenigstens ein Ende ab! Dem Drängen der Beamtenorganisationen und der Parteien — sogar derer, die die Personalabbau-Verordnung mit geschaffen haben — folgend, hat sich die Regierung endlich dazu entschlossen, Aenderungen der Personalabbau-Verordnung ins Auge zu fassen.

Aber was bringen diese? Will man wenigstens die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte der Beamten wieder herstellen? Oder will man doch die Personalabbauverordnung demnächst aufheben? Mit nichten! Nur einzelne Vorschriften sollen gemildert, die Hauptwünsche der Beamtenschaft aber unerfüllt bleiben, und die Verordnung nicht vor dem 31. Juli 1925 aufgehoben werden. Es haben denn auch sämtliche Beamtenorganisationen einmütigen Protest gegen diese Regierungsantwort erhoben und die politischen Parteien auf die schweren Gefahren eindringlich hingewiesen, die der gegenwärtige Zustand wie der Entwurf der Regierung für das Beamtentum und für den Staat mit sich bringt.

Mit Recht heißt es in der von allen Spitzenorganisationen unterzeichneten Eingabe: „Wenn das Gefühl der Treue des Beamten zum Staat erst gelockert ist, wenn er seine Rechte vom Staat nicht mehr gewährleistet, sondern vernichtet glaubt, dann ist die Gefahr einer schweren Demoralisation der Beamten- und Angestelltenschaft kaum abzuwenden." Haben die Kämpfe um eine angemessene Besoldung, die Sorge ums tägliche Brot die Beamtenschaft zermürbt, so hat die durch die Personalabbauverordnung bedingte Unsicherheit der Stellung, die Furcht vor dem blauen Brief, geradezu zersetzend gewirkt. Es ist als wirklich allerhöchste Zeit, daß da Wandel geschaffen wird. Bedürfen wir doch der staatserhaltenden Kräfte heute mehr als je!"

Zu diesen großen Sorgen der Beamtenschaft gesellen sich noch andre, die vielleicht gerade nicht so sehr im Vordergrund des Interesses stehen, aber wie alles, was den Beamten und damit den Staat berührt, doch auch zu denken geben müssen. Da ist vor allem die Verlängerung der Arbeitszeit, die man beim Beamten durchgeführt hat, ohne zu berücksichtigen, daß eine rein schematische Verlängerung auch da, wo schwere, verantwortungsvolle Geistesarbeit geleistet werden muß, einem Raubbau an der Gesundheit gleichkommt, dessen Kosten letzten Endes doch wieder der Staat und damit der Steuerzahler zu tragen hat.

Auch die Kürzung des Urlaubs im Reich hat böses Blut gemacht. Warum sollen die Reichsbeamten schlechter gestellt sein als ihre Kollegen in den Ländern? Glaubt man, daß namentlich die Tätigkeit in den Zentralstellen des Reiches weniger aufreibend ist als anderwärts? Eine alte Erfahrung zeigt, daß eine gewisse Liberalität in Urlaubssachen sich immer lohnt: der arbeitsfreudige und gut erholte Beamte macht nach seiner Rückkehr den Arbeitsausfall bald wieder wett. Gerade heute, wo die Kriegsfolgen, zumal in den Beamtenfamilien noch nicht überall überwunden sind, sollte in dieser Beziehung nicht am falschen Orte gespart werden.

Noch einer Frage darf gedacht werden, der Titelfrage. Auch der neue Staat wird auf die Dauer nicht darauf verzichten können, Verdienste, vor allem auch bei Nichtbeamten, in besonderer Form zu ehren. Trotz dem Artikel 109 der Reichsverfassung wird man daher wieder an Ehrentitel, vielleicht sogar an Orden denken dürfen — und es müssen! Es ist selbstverständlich, daß die Beamten, denen es Reich und Staat in der Hauptsache verdanken, wenn sie nicht von trüben Fluten weggespült worden sind, dabei nicht leer ausgehen. Solche Auszeichnung erscheint um so natürlicher, als die Beamten durch die Revolution an Ansehen und Stellung viel eingebüßt haben, nicht zuletzt auch infolge der Eindringlinge, die aus der Revolutions- und der Nachrevolutionszeit stammen.

Wird uns der neue Reichstag das längst versprochene Gesetz über die Beamtenvertretungen und ein neues Beamtengesetz bescheren? Wir wollen es hoffen! Aber auch die Beamten dürfen nicht müßig die Hände in den Schoß legen. Vor allem darf nicht Neid und Mißgunst in ihren eigenen Reihen aufkommen, wie es sich bei der Besoldungsregelung im Juni gezeigt hat. Die mittleren und unteren Beamten dürfen vielmehr versichert sein, daß die höheren Beamten im Kampf um die Erreichung auskömmlicher Gehälter mit ihnen Schulter an Schulter stehen, wie sie auch im Kampf gegen die unselige Personalabbauverordnung in vorderster Linie standen und stehen.

Darum, Beamte: „Seid einig, einig, einig!" Nur so könnt ihr erfolgreich mitschaffen an eurem Wiederaufbau, der eine Vorbedingung ist für den Wiederaufbau unsres Vaterlandes.

Münchner Wagner-Festspiele 1924

Von unserm Sonderberichterstatter

München, 5. August

Es mag vielen unverständlich und denen, die es vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachten, geradezu unsinnig erscheinen, daß in demselben Lande Bayern zwei Städte, München und Bayreuth, zugleich dieselben Werke als Festspiele aufführen, nachdem beide (Bayreuth ausschließlich) auf den Zustrom kunstandächtiger Ausländer angewiesen sind. Dies fällt nur dieses Jahr besonders auf, weil Bayreuth erst nach langer Zeit wieder den Versuch zu spielen gewagt hat und weil die gegenwärtige Weltkrise den Festspielbesuch an sich außerordentlich ungünstig beeinflußt. In Wirklichkeit ist die in München seit mehr als zwanzig Jahren ununterbrochen durchgeführte Wagner-Festspielidee nicht etwa die trotzige Hand, die sich gegen die ältere Schwester Bayreuth auflehnt; es sind keine Konkurrenzen, sondern, vom künstlerischen Standpunkt aus betrachtet, zwei sich ergänzende Arten, das Erbe Wagners der Zukunft zu überliefern. Bayreuth, die Stätte der persönlichen Pietät und künstlerischen Verehrung dessen, wie es zu Zeiten Wagners war, vertritt die große alte Tradition im stilistischen Vortrag und konserviert vor allem die szenische Urform, nachdem es seiner wichtigsten Aufgabe, der Sorge für den heiligen Gral, durch den unerbittlichen Paragraphen über die Schutzfrist enthoben ist. In Bayreuth macht es nichts aus, ob eine Falte mehr in den Kulissen ist oder weniger, ob wir in der Beleuchtung mehr darüber staunen sollen, wie weit wir es heute gebracht oder wie schlecht Wagner daran war, als er sich mit den endlosen Versuchen abmühte, seinen szenischen Vorschriften in dieser Hinsicht Geltung zu verschaffen.

Anders München, die Stadt des jüngeren Wagner. Sie hat auch eine besondere Verpflichtung für den großen Meister, da einer der bekanntesten Wittelsbacher mit königlichem Bekennermut für den damals verkannten und verfemten Künstler eingetreten ist. Spielte daher bei Begründung der Münchner Festspiele das in ihnen liegende gesellschaftliche Ereignis mit seiner sublimsten Art der Fremdenanziehung keine unwesentliche Rolle, so hat sich die Festspielidee im Laufe der Jahrzehnte immer mehr vertieft, und zwar nach der Richtung, alle Errungenschaften der künstlerischen, szenischen und Darstellungsmittel dem Werke Wagners zuzuführen und mit den geläuterten Empfindungen für Bühnenillusion der Moderne in Einklang zu bringen. Von diesem Standpunkte aus sind gerade die bisherigen Aufführungen besonders im Hinblick auf Bayreuth ein außerordentlicher Merkstein in der Entwicklung der Münchner Festspielidee. Der „Parsifal" wird uns in völlig neuer szenischer Gestalt geschenkt und, was den Ring betrifft, so stehen die Ergebnisse der neuen Einstudierungsart der letzten drei Jahre, in nunmehr nahezu vollendeter schulemachender Gestalt, gesichert fest. München ging dabei von der allein richtigen Anschauung aus, daß der Ring ein vorwiegend kosmisches Drama ist, in dem die gewaltigen Urformen der tektonischen und ethischen Weltenbildung aufeinander platzen, überlebensgroße Konflikte auftürmen und in dem Weltbrand der „Götterdämmerung" ihr Ende finden. Dementsprechend wurde die ganze Szene ins Monumentale erhoben, praktikabel gemacht, alle aufgemalten Scheinillusionen schonungslos ausgemerzt. Im dritten Akt der „Walküre" beispielsweise ragt eine mächtige Bergnase in das unermeßliche Blau des Rundhorizonts. Ein unvergeßlicher Anblick, wenn am Schluß der „Walküre" Wotan zum letztenmal als tätiger Gott gegen den freien Hintergrund steht.

Ebenso hat die Beleuchtung eine technische Verbesserung erfahren. Was nur immer die moderne Technik ermöglicht, ist herangezogen und in den Dienst der musikalisch-dramatischen Idee gestellt. Wir werden fast geblendet von dem saftigsten Sonnenlicht, wenn die Walküre zu Beginn des zweiten Aktes ihre Siegeslust in die weite Landschaft singt und sind erschüttert von dem Ernst des blassen Fahl-Grau der Todesverkündung. Schließlich ist auch dem modernen Verlangen nach Farbe Rechnung getragen, indem die Landschaft starken, künstlerisch gesehenen Ton bekommen hat.

Die szenische Konzentration auf die dramatische Idee wirkt ganz von selbst auf die Gestaltungskraft und den Darstellungswillen der Sänger. Ich habe in den letzten Jahren noch keine innerlich so geschlossene, künstlerisch einheitliche Zusammenarbeit der Darsteller feststellen können, wie in diesen drei ersten Festaufführungen. Hier zeigt sich, daß man mit einem Ensemble, das das Jahr über in lebendiger Beschäftigung mit der Materie steht, vielleicht geschlossenere Wirkung erzielen kann, als mit einem ad hoc zusammengerufenen Künstlerkreis. Mag im orchestralen Teil, der bisher unter Leitung von Hans Knappertsbusch stand, auch nicht jeder Wunsch erfüllt sein, so sind doch die beiden genannten Hauptgesichtspunkte der restlos geklärten Reform der Szene und der künstlerischen homogenen Tat auf der Bühne eine so bedeutende Sache, daß München als Wagner-Festspielstadt neben Bayreuth zu stehen nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat.

Die besten Münchner Kräfte, Wilhelm Rode, als hervorragender Wotan, Gabriele Englerth, deren Brünhilden der besondere Stolz der Münchner Festspiele waren und sind, der heute vielleicht bedeutendste Loge, Karl Erb, die feinfühlende, sensible jugendlich Dramatische Maria Müller, Fritz Brodersen, Paul Bender, Julius Gleß, Heinrich Knote, um nur die bedeutendsten zu nennen, sind es, die den bisherigen Aufführungen das Gesicht gegeben haben, und es gehört zu dem Programm des Ensembles, daß selbst die kleinsten Rollen mit bedeutenden solistischen Kräften besetzt sind.

Auch das Publikum kommt wieder mehr aus jenen Kreisen des In- und Auslandes, die zu der Kunst Wagners eine mehr als zufällige Beziehung haben.

Prof. Dr. Jos. Ludwig Fischer.

Neue Ausgrabungen in Kreta

Von unserm Orientmitarbeiter

Athen, 30. Juli

Neue, sehr bedeutende Ausgrabungen haben in diesem Jahre wieder auf der Insel Kreta stattgefunden. Während die englischen Archäologen unter Evans Leitung die Forschungen in Knossos fortsetzen konnten und es ihnen gelungen ist, vor dem Haupteingang des Palastes ein hochinteressantes minoisches Quartier aufzufinden, wandten sich die Italiener, die nach den Engländern bekanntlich das meiste Verdienst um die Erforschung der an wissenschaftlichen Rätseln überreichen Insel haben, diesmal der Erforschung der Stadt Arkadia im Diktegebirge zu. Schon der Name der Stadt ist bedeutungsvoll: weist er doch auf die ersten Wanderungen peloponnesischer vordorischer Völker südachäischen Stammes hin. Die Italiener wollen nämlich Licht in jene Zeit bringen, welche zwischen der minoischen Herrschaft und der Eroberung Kretas durch die Dorier liegt. Ihr Interesse ist deswegen hauptsächlich den letzten „Schichten" (so sagt man in der Archäologie), der vorhellenischen, der minoischen Epoche zugewandt.

Der Erfolg der diesjährigen Ausgrabungen in Arkadia war sehr bedeutend. Eine seltsame Stadt zeigte sich den Entdeckern, eine Stadt, die eigentlich aus zahlreichen, über verschiedene Hügel verteilten Dörfern bestand, die meisten von ihnen durch Kastelle überragt, darunter ein Dorf, wohl der Sitz der Herrschaft und der Behörden, das besonders prächtig angelegt war und u. a. Häuser mit 30—40 Meter großen quadratischen Säulen enthielt, im übrigen ebenfalls durch ein Kastell verteidigt war.

In den einzelnen Häusern von Arkadia wurden verhältnismäßig wenig Einzelfunde gemacht. Dagegen gab es in den verschiedenen Nekropolen der Stadt eine reiche Ausbeute an Bronzen, Terrakotten, bearbeiteten Steinen, Edelmetallen usw. Gerade in dieser Nekropole, die viele Jahrzehnte hindurch als Begräbnisstätte gedient haben muß, zeigt sich der Uebergang von der minoischen zur griechischen Kultur deutlich. Ein eingehendes Studium der gefundenen Vasen dürfte wesentlich zum Verständnis jener Uebergangsepoche beitragen. Neben den letzten Erzeugnissen der minoischen Vasenmalerei sehen wir in diesen Gräbern die ersten Erzeugnisse des sogenannten „geometrischen Stils", wie sie von den ersten dorischen Einwanderern angefertigt wurden; dazwischen findet sich dann die Importware aus Rhodos und Korinth. Die in Arkadia gefundenen korinthischen Vasen sind die ersten ihrer Art in Kreta.

Vor allem erwähnenswert ist ein großes Grab, das einen mächtigen steinernen Sarkophag, über 250 größtenteils bemalte Vasen, Schmuckstücke aus Bergkristall und sehr interessante Goldarbeiten enthält, darunter ein Unikum: eine Porzellanvase mit Reliefffiguren, Löwen, die Hirsche verfolgen, ganz in der Art mykenischer Wandmalereien. Zwei gleichfalls in dem Grab gefundene ägyptische Skarabäen mit Hieroglypheninschriften ermöglichen, wie schon so oft in der kretischen Forschung, eine genaue Datierung des Grabes.

Durch die italienischen Ausgrabungen in Arkadia wird nicht nur auf die Geschichte Kretas ein interessantes Licht geworfen, sondern überhaupt auf die frühe Geschichte der griechischen Welt. Gerade von dem Boden Kretas, wo infolge der isolierten Lage der Insel eine Periode der Kultur meist kampflos auf die andre gefolgt ist, und uns infolgedessen Schicht auf Schicht unzerstört entgegentritt, konnten wir solche wichtige Belehrung erwarten und erlangen.

= **Programm für Donnerstag.** Opernhaus und Schauspielhaus: Geschlossen. — Oper am Albertplatz (Neustädter Schauspielhaus): „Undine", ½8. — Neues Theater (im Hause der Kaufmannschaft): „Kreuzfeuer", ½8. — Residenztheater: „Das Schwarzwaldmädel", ½8.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19240807/2